



Pflegende und Gepflegte schützen!

Wie umgehen mit der berufsbezogenen
Impfpflicht?

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass ab dem 16. März 2022 eine Corona-Impfpflicht in Gesundheitsberufen gelten soll. Wie sollten wir in Sachsen damit umgehen?

Vorab: Die Arbeit jeder und jedes Beschäftigten im Gesundheitswesen verdient Anerkennung. Es ist problematisch, dass ausgerechnet die in der Pandemie am stärksten belastete Berufsgruppe in Sachen Impfpflicht vorangehen soll.

Klar ist: Wir können die Pandemie nur überwinden, wenn sich noch viele ungeimpfte Menschen für die Corona-Schutzimpfung entscheiden. Auch für die Gesundheitsberufe muss es genug dezentrale und niedrigschwellige Impfangebote geben. Eine Impfpflicht ist nur das allerletzte Mittel.

Klar ist aber auch: Pflegebedürftige, Patientinnen und Patienten sind besser geschützt, wenn sie von geimpftem Personal betreut werden. Deshalb: Lassen Sie sich beraten, lassen Sie sich schützen!

Das Problem: Es gibt Berichte, wonach zahlreiche Fachkräfte mit dem Inkrafttreten der Impfpflicht ihren Beruf verlassen wollen. Niemand weiß, wie viele Beschäftigte diesen Schritt tatsächlich gehen werden und welcher Anteil der öffentlichen Besorgnis unrechtmäßig ist (weil zum Beispiel Stellengesuche gefälscht werden). Eines ist aber sicher: Das Gesundheitswesen hat keine Personalreserven.

Wir fordern also: Die Staatsregierung muss schnellstens mit den Gesundheitsämtern, Gewerkschaften, Interessenvertretungen, Sozialverbänden und Kommunen vereinbaren, wie der §20a Infektionsschutzgesetz anzuwenden

ist. Die medizinische Versorgung muss gesichert werden, die Beschäftigten sowie die kontrollierenden Behörden brauchen Rechtssicherheit – auch wenn das bedeutet, vorerst auf Betretungsverbote zu verzichten. Außerdem schlagen wir ein Bonussystem vor. Alle geimpften Beschäftigten in Einrichtungen der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung sollen unbürokratisch einen einmaligen Bonus von mindestens 150 Euro erhalten.

Für die Pflege wollen wir außerdem:

- mindestens 3.000 Euro brutto/ Monat für jede Pflegefachkraft
- gesetzlich verbindliche Kriterien zur Personalbemessung
- finanzielle Anreize und mehr Plätze für Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Anpassungsqualifizierung
- Vereinheitlichung von Lehrplänen, Qualifikationsanforderungen und Ausbildungsvergütung
- Investitionskostenzuschüsse, z. B. für die Anschaffung von Hilfsmitteln zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Investitionsstau in den Krankenhäusern beheben

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig, Stand: Februar 2022
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*